

schaftlichen Infrastrukturen, seien völlig unabhängig vom Willen der Bevölkerung. Andere könnten aber „der Verantwortung der Bürger angelastet werden“: „Gewalt, Unsicherheit, Schmuggel, die ungerechte Verteilung des Reichtums, die illegalen Wirtschaftsaktivitäten und außerdem... die massive Flucht von Kapital ins Ausland, das im Land notwendig ist.“

Wo es freilich um ganz konkrete Probleme ging, wurde es auch für den Papst schwierig: die Aufforderung an die kreolische Bevölkerung in Cartagena, keine Arbeitsplätze anzunehmen, die mit dem *Drogenproblem* zu tun haben, wird den Arbeitern der dortigen Koka-Plantagen kaum eingeleuchtet haben. Noch während der Reise wurden Stimmen laut, die beklagten, daß der Papst nicht auch ein Wort für die Frauen und Witwen von (nicht nur durch Guerilleros) Verschleppten und Verschollenen gefunden habe. Und selbst beim Thema Gewalt wurde auf eine gewisse *Spannung* aufmerksam gemacht: zwischen des Papstes energischen unbedingten Eintreten für Gewaltlosigkeit und dessen vehementer Verurteilung („eine fast unbegreifliche Maßnahme“) der Ausweisung des nicaraguanischen Bischofs *Pablo Antonio Vega*, der aus welch begreiflichen bzw. höchstverständlichen Gründen auch immer doch offen Verständnis für die dortigen „Contras“ gezeigt hatte (vgl. ds. Heft, S. 393).

### Kirchlich mehr bestätigt als bewegt

Das Schwergewicht aller Reden lag auf sozialpastoraler Ermunterung: das zentrale Stichwort hieß verknappt: Erneuerung der Gesinnung und Zustände aus der Kraft des Glaubens. Der Tenor der Reden war geistlich und politisch zugleich. Am deutlichsten wurde die Stoßrichtung des Papstes in Medellín: die Kirche dürfe sich in ihrem Predigen und Tun das „Banner der Gerechtigkeit“ von keiner Ideologie oder politischen Strömung aus der Hand nehmen lassen. Dies war Aufforderung zu mehr sozialem Einsatz und (die auch in anderen Reden wiederholte) Warnung, die

eigene Botschaft nicht einer bestimmten Politik oder Ideologie auszuliefern, zugleich.

Relativ blaß blieben die kirchlich gesetzten Akzente. Die *Ansprache an den kolumbianischen Episkopat* gehörte zu dem am wenigsten profilierten der ganzen Reise. Der Papst gab weder Hinweise auf reformerische Elemente in Theologie und Pastoral noch versuchte er vor den Bischöfen eine Übersetzung des der Bevölkerung gegenüber Gesagten in den Raum unmittelbarer kirchlicher Verantwortung. Das ganze war eine allgemeine theologische Darstellung des bischöflichen Amtes. Das Auffallendste daran eine knappe Aufforderung, sich nachdrücklich für die Verwirklichung von Menschenrechten einzusetzen.

In seiner *Ansprache an die Bischöfe des CELAM* zitierte der Papst zwar aus seinem sehr versöhnlichen Schreiben an die brasilianischen Bischöfe vom 9. April dieses Jahres (vgl. HK, Juni 1986, 277 ff.) und sprach von der „Nützlichkeit und Notwendigkeit einer Befreiungstheologie“, soweit sich diese in Übereinstimmung mit der kirchlichen Tradition entwickle und nicht „einer ideologischen und klassenkämpferischen Optik“ erliege. Aber gerade in dem, was der Papst kirchlich-theologisch im Blick auf Gesamtlateinamerika sagte, wollte er – ganz auf der Linie der beiden römischen Instruktionen „*Libertatis nuntius*“ und „*Liberatis conscientia*“ – mehr bestätigen als bewegen.

Es wurde vermerkt, der Papst habe sich in Kolumbien zur Befreiungs-

theologie bekannt und nie von der u. a. von Kardinal López Trujillo beflügelten „Versöhnungstheologie“ gesprochen. Aber was der Papst als Befreiungstheologie bekräftigte (mit seiner dezidierten Absage an jedes Klassendenken und seinen Solidaritätsappellen, war exakt Versöhnungstheologie. Befreiungstheologen werden dies ohne kurzatmige Vereinbarung zu bedenken haben.

### Die Kräfte der Befriedung gestärkt

Was bedeutete der Papstbesuch für Kolumbien? Das Ergebnis läßt sich weder mittel- noch langfristig messen. Das Gewicht solcher Reisen liegt in der Regel im Ereignis selbst. Das wesentliche dürfte der Trost geweckter Hoffnungen für die von Natur- und politisch-sozialen Katastrophen getroffene Bevölkerung sein. Was dabei an neuen Energien freigesetzt wurde, muß künftigen Entwicklungen überlassen werden. Der Papst kam in einer Übergangszeit nach Kolumbien. Der konservative Präsident *Belisario Betancur* war noch im Amt, sein liberaler Nachfolger, *Virgilio Barco*, dem der Ruf eines energischen Pragmatikers vorausgeht – bereits gewählt. Von ihm wird eine energischere Bekämpfung der Guerilla erwartet. Von daher gesehen befand sich der Papst mit seinen eindrücklichen Warnungen vor Gewalt durchaus in Übereinstimmung mit dem politischen Grundtrend im Lande. Vielleicht konnte er gerade so ein wenig zu dessen Befriedung beitragen. D. S.

## Spanien: Kirche nach den Wahlen

Nach den Wahlen vom 22. Juni, bei denen die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens PSOE ihre absolute Mehrheit im Parlament behaupten konnte, schickte der Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Gabino Diaz-Mercán*, dem Gewinner und dem Verlierer der Wahl Telegramme. Dem Parteivorsitzenden und Premierminister *Felipe Gonzalez* gra-

tulierte er, *Manuel Fraga Iribarne* von der konservativen Volksallianz (AP) wünschte er Segen in seinem Amt als Oppositionsführer. Es war dies ein erstes Anzeichen dafür, daß die Bischöfe mit dem im wesentlichen unverändert gebliebenen politischen Spektrum auch ihre generelle Linie parteipolitischer Distanz, jedoch pastoral motivierter, deutlicher Präsenz

in Politik und Gesellschaft beizubehalten gedenken.

## Zurückhaltung mit Nebentönen

In einer Note des Exekutivkomitees der Bischofskonferenz vom 16. Mai hatten die Bischöfe den spanischen Katholiken empfohlen, sich bei ihrer Wahlentscheidung nicht an Wahlversprechen und Parteiprogrammen, sondern an der „Sprache der Fakten“ zu orientieren und realistisch zu prüfen, zu welchen politischen Ergebnissen „die bereits von mehreren Regierungen gestaltete junge Demokratie“ gelangt sei.

Die nüchterne Aufzählung einer Reihe von Prüfpunkten enthielt neben allgemeinen Prinzipien (etwa das Streben nach sozialer Gerechtigkeit insbesondere zugunsten der schwächsten Glieder der Gesellschaft) auch die zwischen Kirche und der Regierung Gonzalez strittigen Themen: Schutz des Lebens und der Familie, die Freiheit von Lehre und Erziehung.

Während die Bischofskonferenz auf diese Weise parteipolitische Zurückhaltung übte, warnten einzelne Bischöfe die Gläubigen, ihre Stimme der PSOE zu geben. So fragte der Bischof von Orihuela-Alicante, *Pablo Barrachina*, in einem Hirtenbrief rhetorisch: „Kann ein verantwortungsvoller Katholik sein Votum einer Partei geben, die seinem Glauben, der übergeordneten Moral und den christlichen Wertvorstellungen widerspricht? Können die Katholiken angesichts eines marxistischen Programms und einer sozialistisch-marxistischen Regierungspolitik vertrauensvoll in die Zukunft blicken? Ein Bischof kann diese Frage in seinem Gewissen nur verneinen.“

Die *Sozialsekretariate der baskischen Diözesen* versuchten, eine vorsichtige Klärung des politischen Spektrums vorzunehmen: „Vom Evangelium her betrachtet, muß man ehrlicherweise sagen, daß manche Wertvorstellungen von den einen besser geschützt werden, manche von den anderen. Die politische Rechte scheint weniger Be-

reitschaft zu zeigen, die Soziallehre der Kirche ernst zu nehmen, die Linke ist weniger empfänglich für die religiösen Fragen des Menschen ... Keines der vorliegenden politischen Programme vermag die Möglichkeiten des Evangeliums auszuschöpfen.“

In dem Bemühen, den Gläubigen *Orientierungshilfe* zu leisten bei der Suche nach ihrem Standort in einer sich rasch pluralisierenden Gesellschaft und noch dazu unter einer mehrheitlich areligiösen oder kirchenfernen Regierung, hatten die Bischöfe im Mai nach langen Beratungen ein Dokument über „Die Verantwortung der Katholiken im öffentlichen Leben“ verabschiedet. In dieser innerkirchlich und von den Medien wenig beachteten „*Pastoralinstruktion*“ findet sich neben breit und grundsätzlich angelegten Lehräußerungen eine insgesamt um Ausgewogenheit bemühte Darstellung und Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlich-politischen Situation. Positiv hebt das Dokument unter anderem die Umsetzung demokratischer rechtsstaatlicher Prinzipien in die Regierungspolitik hervor, darunter die „aktive Teilhabe der Staatsbürger am öffentlichen Leben“.

Den die demokratische Entwicklung Spaniens insgesamt würdigenden Passagen folgen eine Reihe kritischer Anmerkungen über sich abzeichnende Gefahren oder Fehlentwicklungen, die das Gesamtbild negativ einfärben. So klagen die Bischöfe über *staatsdirigistische Tendenzen* in allen Bereichen des öffentlichen Lebens bis zur Gefährdung der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit. „Wenn eine politische Gruppe an die Macht kommt, gerät sie unvermeidlich in die Versuchung, sich möglichst lange zu etablieren und das ganze gesellschaftliche Spektrum bis in die Köpfe der Bürger hinein nach ihren eigenen Wertvorstellungen umzugestalten“ (Nr. 26). Dies sei um so schwerwiegender, wenn politisches Bewußtsein und politische Erfahrung nur schwach entwickelt seien, „wie das bei uns der Fall ist“.

Ohne direkten Bezug auf die Regierungspolitik heißt es dann: „Die übermäßige direkte oder indirekte Prä-

senz des Staates in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entscheidungsgremien schränkt die tatsächliche Freiheit der Bürger und der Gesellschaft insgesamt bedrohlich ein. So entsteht ein dirigistischer Kontrollmechanismus, der zwar nach den Regeln der demokratischen Ordnung verfährt, sich aber doch auf ein totalitäres, vom Staat gelenktes Funktionieren des gesellschaftlichen Lebens bewegt“ (Nr. 28).

Deutlich warnen die Bischöfe auch vor Versuchen, auf politischem Weg „bestimmte Lebensauffassungen und Moralvorstellungen“ zu propagieren. Dem werde sich die Kirche „in Verteidigung der sozialen Freiheiten“ entgegenstellen, insbesondere dann, „wenn religiöse Grundwerte durch agnostische, materialistische oder permissive moralische Auffassungen ersetzt werden sollen“. Ausdrücklich bestätigte *José Maria Setién*, Bischof von San Sebastian und einer der Verfasser, bei der Vorstellung des Dokuments, daß die Bischöfe konfessionelle politische Parteien in Zukunft ablehnen.

## Mehr politisches Gewicht als oberhirtliche Autorität

Viel weniger klar als die Ausführungen des bischöflichen Dokuments ist das tatsächliche Verhältnis der spanischen Katholiken zu Staat und Regierung bzw. der Umgang der regierenden Sozialisten mit der katholischen Kirche und den religiösen Bindungen der Bürger. Die Bischöfe sehen realistisch, daß von Regierungsseite wenig mehr als ein *pragmatisches Interesse* an einem möglichst reibungslosen Staat-Kirche-Verhältnis besteht. Die Affinität der Sozialisten zu spirituell-religiösen Werten ist – nach dem öffentlichen Niederschlag zu urteilen – sehr gering, obwohl zahlreiche führende Köpfe der PSOE in katholischen Privatschulen groß geworden sind.

Viele in der Partei mißtrauen der Kirche als einer der Säulen des Franco-Regimes, zumindest argwöhnen sie, die Kirche favorisiere die politische Rechte. Das mag für eine Reihe von Bischöfen und katholischen Verbän-

den zutreffen, erstere sind jedoch von wenigen Ausnahmen abgesehen um parteipolitische Neutralität bemüht.

Die Kirchenführung hat ihre Probleme mit Staat und Politik insoweit geklärt, als sie generelle Unsicherheiten unter den Gläubigen sondierte und verstärkt nach direkten pastoralen Ansätzen suchte, um den Katholiken im politisch-gesellschaftlichen Umfeld Orientierung und Stütze zu sein. Der *nationale Evangelisierungskongress* (vgl. HK, November 1985, 507 ff.) stand in diesem Zeichen, spätestens dort wurde deutlich, daß die Fixierung auf bilaterale Kontakte – zwischen Bischofskonferenz und Regierung – den Blick verstellte für staatsbürgerliche und letztlich auch katholische Bildungsdefizite in der Bevölkerung.

Diesen pastoralen Bestrebungen, das Kirchenvolk stärker zu politischer Verantwortung aus christlicher Motivation zu erziehen, steht in einigen kirchlichen Gruppierungen die Neigung entgegen, das Übel und den Feind außerhalb der Kirche zu orten und zu bekämpfen. So schrieb der oben zitierte Bischof von Alicante: „Spanien ist dabei, entchristianisiert zu werden, die öffentliche Moral ist geradezu entfesselt, die Familie erleidet die Attentate der Abtreibung und der neuen Schulgesetze, in furchtbaren Büchern hat die Propaganda für Euthanasie und Familienplanung begonnen; der Hauptschuldige, sei es durch die Tat, sei es durch Unterlassung, ist die Regierung, von deren Ideologie wir beherrscht werden“ (Ecclesia, 21. 6. 86).

## Die Frage, wie katholisch Spanien noch ist

In abgemildeter Form ist diese kirchliche Sicht der gesellschaftlichen Entwicklung wieder häufiger anzutreffen. Es kommt erschwerend hinzu, daß die Bischöfe ihre politische Protagonistenrolle in der Spätzeit des Franco-Regimes und in der Phase des Übergangs zur Demokratie sozusagen solo gespielt hatten, eher Vorreiter als Stimme des Kirchenvolkes wa-

ren. Eine damals entstandene gewisse Distanz zwischen Bischöfen und Gläubigen wirkt heute noch nach. So fällt auf, daß in Spanien gegenwärtig das Wort der Bischöfe ungleich mehr „politisches“ Gewicht in der Öffentlichkeit hat als oberhirtliche Autorität.

Die in der letzten Zeit häufiger öffentlich gestellte Frage, wie katholisch Spanien noch sei, zielt auf einen nicht mehr zu leugnenden *religiösen Substanzverlust*. Dafür sprechen übereinstimmend alle Umfrageergebnisse trotz methodischer Mängel in der Durchführung und Auswertung. Am deutlichsten kommt darin der Rückgang an religiöser Fundierung zum Ausdruck (obwohl die Prozentangaben so beträchtlich variieren, daß sie für sich genommen nur wenig Wert haben. Lediglich die Angaben aus Umfragen unter Jugendlichen stimmen halbwegs überein: etwa 45 Prozent bezeichnen sich als nichtpraktizierende Katholiken, 20 bis 30 Prozent als praktizierende).

Der Kirche zu denken geben muß auch eine Umfrage unter 2400 Madrider Jugendlichen nach den in ihrer Sicht überflüssigsten „Institutionen“; an erster Stelle wurde dort die Kirche genannt, dann die Armee und die Ehe. Der Madrider Weihbischof *Alberto Iniesta Jiménez* bezeichnete das Ergebnis als „schmerzliches Symptom angesichts der Anstrengung, sich zu erneuern und zu läutern, die die Kirche nach dem Konzil unternommen hat“ (Vida Nueva, 14. 6. 86).

Innerhalb der Kirche zeichnen sich seit längerem *Spannungen zwischen Episkopat und kirchlich aktiven Gruppen* (nicht nur progressiver Prägung) ab. Im Mai kam es zu einem offenen Streit zwischen dem für den Bereich Schule und Erziehung zuständigen Erzbischof *Elías Yanes* von Zaragoza und einem katholischen Eltern- sowie einem Lehrerverband. Die beiden Verbände warfen dem Erzbischof vor, er paktiere mit der sozialistischen Regierung und opfere das katholische Schulwesen.

Die Bischofskonferenz stellte sich hinter Erzbischof Yanes und schlug klärende Gespräche zwischen der bi-

schöflichen Kommission und allen beteiligten Verbänden vor. Der seit Ankündigung einer Bildungsreform schwelende *Streit um das Privatschulwesen* spitzte sich in den vergangenen Monaten vor allem deshalb weiter zu, weil die Bestimmungen der bereits verabschiedeten Gesetze (LODE) in den Regionen und Kommunen unterschiedlich und zum Teil willkürlich gehandhabt wurden.

## Gegen „laizistische Kulturpolitik“

Weitere strittige Punkte sind die sogenannten „schulischen Räte“, die sich aus Vertretern der Eltern, Lehrer, Schüler und dem Schulträger zusammensetzen, und die Zulassungsbestimmungen, die sozial schwachen Familien und Kindern aus der nahen Umgebung der Schule Vorrang geben. Vor allem die Schulträger, meist Ordensgemeinschaften, sehen ihre Rechte dadurch beschnitten. Die Bischofskonferenz hat sich aus diesem vehement geführten Streit herauszuhalten versucht, nicht zuletzt deshalb, weil die LODE-Gesetze den kirchlichen Interessen durchaus Rechnung getragen haben. Die Sorge des Episkopats gilt eher der, wie es in bischöflichen Äußerungen jetzt häufiger heißt, „*laizistischen Kulturpolitik*“, die Religion und Kirche weit in den privaten Lebensbereich zurückdrängen und zu einem Faktor unter vielen relativiert sehen wollen. Diese Tendenz zeichnet sich vor allem im regierungsnahen Fernsehen ab, dem Hauptinformanten und -unterhalter der Spanier.

Kritik an der Programmgestaltung und der ungeniert ausgestrahlten Regierungspropaganda sei nicht genug; die „psychovisuellen Einflüssen“ erliegende Bevölkerung müsse zu bewußteren, damit reiferen politischen Entscheidungen geführt werden, schrieb die Priesterzeitschrift „Vida Nueva“ nach der Wahl. Und es sei Aufgabe der *Regierungspartei*, die Bürger zu politischer Mündigkeit zu erziehen. In genau diesem Punkt ist das Dokument der Bischöfe über die politische Verantwortung der Katholiken nicht verstanden worden.

G. B.